

Aktueller Beschluss

des 44. NRW-Tages
am 24. April 2010
in Pulheim



*Zeit für
Optimisten!*

Stolz auf den Einsatz der Bundeswehr für Frieden und Sicherheit in Afghanistan!

Angesichts der gegenwärtigen Debatte über den Bundeswehreinsatz in Afghanistan und in Respekt vor den Bundeswehrsoldaten, die dort unter Einsatz ihres Lebens ihren Dienst tun, möchte die Junge Union NRW ein weiteres Mal deutlich machen, wie hoch sie diesen Dienst unserer Soldaten schätzt, und ihnen ihre Solidarität bekunden:

(1) Die Junge Union bekennt sich ohne Wenn und Aber zum Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan

Die freiheitliche Ordnung Deutschlands wird durch den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr verteidigt. Es liegt im nationalen Interesse Deutschlands zu verhindern, dass dort wieder Terroranschläge gegen westliche Staaten vorbereitet werden. Zu oft wird vergessen, was Grund und Ursache für den Einsatz der Bundeswehr und unserer Verbündeten in Afghanistan sind: Die schrecklichen Terror-Anschläge am 11. September 2001 wurden von hier aus organisiert. Die damaligen Machthaber Afghanistans, die Taliban, haben die islamistischen Terroristen in ihrem Land nicht nur gedeckt, sondern aktiv unterstützt. Sie weigerten sich, gegen diese Gefahr für alle freiheitlichen und demokratischen Staaten vorzugehen. Deswegen war der militärische Einsatz unumgänglich. Indem nun die Bundeswehr in Afghanistan den Aufbau eines Rechtsstaates durch die afghanische Regierung gegen die Taliban sichert und die afghanische Bevölkerung schützt, wird zugleich effektiv verhindert, dass wieder terroristische Gefahren von diesem Land ausgehen können. Solange dies die afghanische Armee und Polizei nicht aus eigenen Kräften garantieren können, wird die Bundeswehr hier benötigt. Die neue Afghanistan-Strategie der Bundesregierung sieht eine definierte Abzugsperspektive vor. Dies unterstützen wir im Rahmen der Übergabe der Verantwortung an die afghanische Regierung ausdrücklich.

(2) Wir sind stolz auf das, was unsere Soldaten für unsere wehrhafte Demokratie leisten.

Die Bedingungen, unter denen die Bundeswehrsoldaten in Afghanistan arbeiten und leben, sind kriegerisch. Das muss man sich immer vor Augen halten. Wir dürfen darum nicht vergessen: Was unsere Soldaten unter großen Risiken zu leisten bereit sind, leisten sie für den Schutz Deutschlands, für die Sicherheit unserer Gesellschaft vor terroristischen Anschlägen. Wir alle leben in Deutschland sicherer, weil die Bundeswehrsoldaten in

Afghanistan ihren Dienst unter Einsatz des eigenen Lebens erfüllen. Dafür sind wir dankbar!

Der Einsatz der Bundeswehr ist zugleich das Bekenntnis der deutschen Gesellschaft zum Zusammenhalt der westlichen Wertegemeinschaft, zu unseren amerikanischen Freunden und zu den universellen Ideen von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Darauf sind wir stolz!

(3) Unsere Soldaten und ihre Angehörigen verdienen und benötigen den Respekt und die Solidarität der ganzen deutschen Bevölkerung.

Für die Angehörigen von gefallen Soldaten, für verwundete und traumatisierte Soldaten und ihre Familien muss die bestmögliche Unterstützung und Hilfe gewährleistet sein – auch für Soldaten, die unter jetzt noch nicht abzusehenden physischen oder psychischen Folgeschäden leiden werden.

Für den Dienst, den die Soldaten für unser Land tun, verdienen sie Respekt und Solidarität – gerade dann, wenn über ihren Einsatz kontrovers diskutiert wird. Denn dass die Gesellschaft über einen Auslandseinsatz der Bundeswehr diskutiert, ist nicht nur selbstverständlich in einer Demokratie, sondern auch notwendig. Nur darf eine solche Debatte niemals auf dem Rücken der Soldaten ausgetragen werden. Aus diesem Grund sagen wir deutlich, wie widerwärtig wir es finden, dass eine Bundestagsabgeordnete und die Parteijugend der SED-Fortsetzungspartei „Die Linke“ ein Plakat propagieren, auf dem Bundeswehrsoldaten als Schweine verhöhnt werden. Das ist nicht nur geschmacklos! Das ist menschenverachtend! Dass diese Bundestagsabgeordnete an die Tür ihres Bundestagsbüros dieses Plakat hängt, zeigt ihren blanken Zynismus gegenüber den Soldaten und ihren Familien. Wir fordern eine Entschuldigung!

(4) Unsere Soldaten benötigen Rechtssicherheit.

Die Junge Union NRW unterstützt mit Nachdruck die Forderung, eine zentrale Zuständigkeit der Justiz für Soldaten im Auslandsdienst einzurichten, die mögliche Straftaten untersucht und dabei über Spezialwissen über die besonderen Bedingungen vor Ort verfügt. Diese im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP¹ stehende Forderung muss

¹ „Wachstum. Bildung. Zusammenhalt.“ Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP. Beschlossen und unterzeichnet am 26. Oktober 2009, S. 125 (unter: <http://www.cdu.de/doc/pdfc/091026-koalitionsvertrag-cducsu-fdp.pdf>)

bald umgesetzt werden und kann bei der Potsdamer Staatsanwaltschaft angesiedelt werden oder bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe.

Wichtig ist zudem, dass in der Debatte über den Bundeswehreinsatz die Soldaten nicht darüber verunsichert werden, welche Handlungen sie im Rahmen ihres Mandates vornehmen dürfen. Das vom Bundestag mit breiter Mehrheit verlängerte ISAF-Mandat erlaubt den Soldaten, militärische Gewalt zu ihrem Schutz anzuwenden und sie „sind befugt das Recht auf bewaffnete Nothilfe zugunsten von jedermann wahrzunehmen.“² Das weiß auch der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel. Denn er hat zusammen mit seiner Bundestagsfraktion dieses Mandat mitbeschlossen. Wenn er nun plötzlich von der Bundesregierung verlangt, ein neues Mandat zu beantragen, führt er aus reiner Parteitaktik die Öffentlichkeit rhetorisch in die Irre und verunsichert die Soldaten, die in Afghanistan ihren Dienst leisten oder leisten werden. Deshalb fordern wir den SPD-Vorsitzenden auf, sich seiner Verantwortung zu stellen. In der aktuellen Bundestagsaussprache zum Afghanistan-Einsatz am letzten Donnerstag hat er genau dies verweigert. Er muss endlich Farbe bekennen: Sind für ihn staatspolitische Interessen entscheidend oder denkt er nur parteipolitisch?

(5) Unsere Soldaten benötigen die bestmögliche Ausrüstung zu ihrem Schutz und um ihren Auftrag auszufüllen.

Es muss selbstverständlich sein, dass die Bundeswehrsoldaten im Auslandseinsatz darauf vertrauen können, mit der bestmöglichen Ausrüstung zu ihrem Schutz und für ihren Auftrag ausgestattet zu sein. Bei verteidigungspolitischen Entscheidungen müssen hier immer militärische Notwendigkeiten im Vordergrund stehen. So können die besonderen Bedingungen der Einsätze fachgerecht berücksichtigt werden. Verteidigungsminister zu Guttenberg steht dafür, dass die Bundeswehrsoldaten Vertrauen in verteidigungspolitische Entscheidungen haben können. Auch für zukünftige vergleichbare Einsätze muss dieser Schutz, die bestmögliche Ausbildung und Ausrüstung für unsere deutsche Bundeswehr, garantiert werden.

² Antrag der Bundesregierung auf Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt Resolution 1890 (2009) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, S. 3 (unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/006/1700654.pdf>)